

**Liechtenstein Marketing  
Touristen-Homepage modernisiert**

**VADUZ** Die offizielle Anlaufstelle für potenzielle Liechtenstein-Urlauber - [www.tourismus.li](http://www.tourismus.li) - wurde in den vergangenen Monaten modernisiert. Dies teilte Liechtenstein Marketing am Dienstag mit. Die neu gestaltete Internetpräsenz, deren Navigation komplett auf mobile Endgeräte ausgerichtet ist, bietet nun unter anderem «über 1000 Fotos auf rund 500 Einzelseiten» und «spannende Inhalte» in Deutsch und Englisch. (red/pd)

**Nach Selbstunfall  
Lieferwagen hinterlässt Ölspur**

**MAUREN** Nach dem Selbstunfall eines Lieferwagenfahrers am Montagmittag in Mauren - er beschädigte beim Wenden auf einem Parkplatz die Ölwanne des Fahrzeugs - musste das Tiefbauamt einen Parkplatz und die verschmutzte Fahrbahn reinigen. Dies teilte die Landespolizei am Dienstag mit. Der Mann fuhr demnach zunächst trotz der beschädigten Ölwanne weiter. Der Lieferwagen musste schlussendlich jedoch abgeschleppt werden. (red/lpfl)

**Einbruch in Vereinslokal  
Bargeld und Zigaretten gestohlen**

**SCHAAN** Zwischen Sonntagabend und Montagmorgens ist eine unbekannte Täterschaft in ein Vereinslokal in Schaan eingedrungen und hat Bargeld und Zigaretten entwendet. Dies teilte die Landespolizei am Dienstag mit. Demnach machte sich die Täterschaft zuerst an den Kassen der Zigaretten- und Dartspielautomaten zu schaffen. Hiernach durchsuchte sie einen Nebenraum, wo sie noch mehr Bargeld erbeuten konnte. Die Höhe des Sach- beziehungsweise Vermögensschadens ist laut der Polizei noch nicht bekannt. (red/lpfl)

ANZEIGEN



**Safeshop24**  
Das Fachgeschäft für Sicherheit in Liechtenstein

**Brandschutz**

Eschner Strasse 81 | FL - 9487 Bendern | Telefon: +423 371 16 16  
[www.safeshop24.li](http://www.safeshop24.li)

ARGUS, medica, sauter, Hugi Messgeräte, Hugi Messgeräte AG, Hugi Messgeräte AG

# Schaffung einer Gewaltberatung: Tätern helfen, um Opfer zu schützen

**Planung** In der Bewährungshilfe liebäugelt man mit der Einrichtung einer Stelle für Gewaltberatung, wie Leiter Josef Köck verrät. Bisher würden zwar die Opfer geschützt, das Gewaltproblem des Täters bleibe aber unbearbeitet und daher gefährlich.

VON DANIELA FRITZ

Die Familientragödie in Vorarlberg, bei der ein 38-Jähriger am 15. September zuerst seine Ehefrau und seine zwei Töchter und dann sich selbst getötet hat, sorgte über Vorarlberg hinaus für Entsetzen. In Liechtenstein enden Konflikte glücklicherweise äusserst selten tödlich - Friede, Freude, Eierkuchen herrscht deshalb trotzdem nicht. 19 Mal wurde die Landespolizei im vergangenen Jahr wegen häuslicher Gewalt alarmiert, die Dunkelziffer dürfte entsprechend höher sein. Gewalt spielt sich aber auch ausserhalb privater Mauern ab: Gemäss Kriminalstatistik kam es 2016 zu 71 Fällen von Körperverletzung.

**Täter bagatellisiert mit der Zeit**

Josef Köck, Leiter der Bewährungshilfe Liechtenstein, beobachtet dies mit Sorge. Solche Vorfälle wie in Vorarlberg sind für ihn nur die «Spitze des Eisberges». Trifft ein Paar im Streit aufeinander, handle es sich oftmals um hochexplosive Situationen. Zwar werde in der Folge in Liechtenstein sehr viel getan, um das Opfer zu schützen: Er nennt etwa Einrichtungen wie die Infra, das Frauenhaus oder die Opferhilfestelle sowie die polizeilichen Instrumente der Wegweisung und des Betretungsverbotes, um Täter - zu 80 bis 90 Prozent sind dies Männer - vom Opfer fernzuhalten. Umgekehrt geschehe aber nichts, damit Täter ihre Brutalität in den Griff bekämen. Es bestehe keine Vorkehrung für diesen Bedarf, das Thema liege brach. Unter Umständen ordne ein Gericht zwar eine Gewaltberatung an, bis zu einem solchen Urteil dauere es aber oftmals mehrere Wochen oder Monate und es würden nur wenige Gewalttäter



Wird das Gewaltproblem des Täters nicht behandelt, bleibt die Gefahr. (Foto: SSI)

erreicht. Dabei verstreicht wertvolle Zeit, wie Köck findet: «Das muss zeitnäher stattfinden, weil die Gefahr nicht gebannt ist. Denn kurz nach der Eskalation sind die Täter dafür noch offener, später bagatellisieren sie den Vorfall, suchen nach Entschuldigungen und delegieren Eigenverantwortung. Erreicht werden muss jedoch, dass sie ihr Gewaltproblem anerkennen, das Schmerzen zufügt, Beziehungen zerstört sowie Angst und Verlierer hinterlässt.» Schliesslich würde durch eine Gewaltberatung auch das Opfer nachhaltiger geschützt. «Eine Strafe alleine macht den Täter nicht gewaltfrei, noch schafft sie für das Opfer mehr Sicherheit», erklärt Köck im Gespräch mit dem «Volksblatt». Bisher müssten die Gerichte die Täter zudem aufwendig zur Beratung

ins Ausland schicken, da ein entsprechendes Inlandsangebot fehle.

**Klinkenputzen angesagt**

Dies möchte Köck ändern. Er hat ein Konzept zur Schaffung einer Gewaltberatungsstelle bei der Bewährungshilfe ausgearbeitet. Sein Team sei regelmässig mit Gewalttätern konfrontiert und hätte im Umgang mit diesen entsprechendes Know-how angesammelt. Laut Köck wäre eine Gewaltberatung neben den bisherigen Aufgaben der Bewährungshilfe zu schaffen, ohne dass neue Mitarbeiter eingestellt werden müssten. Da auch die entsprechende Infrastruktur vorhanden sei, wären keine Investitionen nötig. Kostenlos ist eine Gewaltberatung dennoch nicht. Der Projektleiter hofft, dass das Land die Finanzierung übernimmt - wie hoch die jähr-

lichen Kosten sein werden, kann er derzeit allerdings noch nicht beziffern. Zunächst müsse sich der Vorstand der Bewährungshilfe mit dem Konzept befassen, erst dann könne dies der Regierung und den zuständigen Stellen präsentiert werden. Dementsprechend wenig kann Köck zum Zeithorizont sagen, ausser, dass er «am liebsten morgen beginnen würde». Wenn alles gut laufe, könnte er sich aber vorstellen, das Angebot im Januar zu starten.

Den Bedarf sieht Köck jedenfalls gegeben. Aufgrund des Beispiels der Gewaltberatung in Vorarlberg, wo jährlich rund 600 Menschen betreut werden, sieht er in Liechtenstein das Potenzial für etwa 60 Klienten pro Jahr. Die ersten 6 davon, könnten einerseits durch richterliche Anordnungen zur Beratung vermittelt werden. Die Bewährungshilfe will diesbezüglich aber ebenso mit der Landespolizei, der Staatsanwaltschaft sowie dem Amt für Soziale Dienste zusammenarbeiten, die schon zu einem früheren Stadium Betroffene auf die Stelle aufmerksam machen könnten. Bei der Landespolizei jedenfalls, die meist als Erste bei Gewaltfällen vor Ort ist, begrüsst man ein professionelles Hilfsangebot grundsätzlich - auch wenn die Details noch nicht bekannt seien. Nebst der Zusammenarbeit mit anderen Behörden hofft Köck, dass sich mit zunehmender Bekanntheit der «Gewaltberatung Liechtenstein» Menschen mit Gewaltproblemen auch selbst melden. Er verweist hierzu wiederum auf die Erfahrungen in Vorarlberg, wonach sich 2016 etwa drei Viertel der Klienten selbst gemeldet haben. «Das kann etwa auch eine Mutter sein, die ihr Kind geschlagen hat, und nun ihr Verhalten ändern möchte», zeigt Köck auf, dass es sich längst nicht immer um typische «Schlägertypen» handeln muss.

**Die Ersten vor Ort**

**Wie geht die Polizei in Gewaltfällen vor?**

Die Landespolizei ist üblicherweise die erste Behörde, welche bei gewalttätigen Auseinandersetzungen in Kontakt mit Täter und Opfer kommt. Wie deren Mediensprecherin Tina Beck auf «Volksblatt»-Anfrage ausführt, ist das Vorgehen jeweils sehr situationsabhängig. Idealerweise laufe eine polizeiliche Intervention aber so ab:

Bei einer Meldung von häuslicher Gewalt geht die Polizei sofort vor Ort. Dort werde die Situation zuerst durch Dialog mit den Betroffenen deeskaliert und das Opfer bei erkennbaren Körperverletzungen in medizinische Behandlung gegeben. Die Polizisten lassen sich über den Vorfall informieren - wobei Opfer und Täter getrennt voneinander befragt würden. «Die Polizei informiert die Betroffenen über rechtliche Schritte und Beratungsstellen, es wird darauf geachtet, dass Kinder altersgerecht behandelt und informiert werden», so Beck weiter. Je nach Sachlage werde das Amt

für Soziale Dienste informiert, welches wenn nötig weitere Massnahmen wie erste Gespräche mit Opfer und Täter einleitet. Die Polizei kann bei Bedarf zudem eine Wegweisung oder gar ein Betretungsverbot veranlassen. «So soll gewährleistet werden, dass die Opfer in ihrer Wohnung bleiben können und der Störer den Tatort verlässt. Auf diesem Weg sollen weitere Eskalationen verhindert werden», erklärt die Polizeisprecherin. Bei Gewalt im öffentlichen Raum gehe es ebenfalls in erster Linie um Deeskalation. Verletzte werden in medizinische Behand-

lung gegeben, die Landespolizei ermittelt durch Einvernahmen und leitet wenn nötig Massnahmen zur Verhinderung weiterer Straftaten ein. «In den meisten Fällen ist im öffentlichen Raum die Gefahr gebannt, wenn sich die aneinandergesetzten Personen räumlich trennen, bei der häuslichen Gewalt ist dies durch eine häusliche Gemeinschaft des Opfers und des Täters nicht immer so einfach», berichtet Beck. Es bestünden viele Emotionen und Gewalt sei meistens ein Ausbruch von Problemen, welche sich über einen längeren Zeitraum angestaut haben und dann eskalieren. (df)

## Umstritten: In der Schweiz kommen säumige Prämienzahler teilweise auf eine schwarze Liste

**Zahlungsmoral** Wer seine Krankenkassenprämien nicht bezahlt, dem droht in verschiedenen Kantonen in der Schweiz ein Eintrag auf eine schwarze Liste. In Liechtenstein sucht man nach einer anderen Lösung.

VON DORIS QUADERER

Die schwarzen Listen in der Schweiz sind von Ärzten und Spitälern einsehbar, sodass vor der Behandlung abgeklärt werden kann, ob die Kosten von der Krankenversicherung übernommen oder vom Patient selbst bezahlt werden müssen. Denn die Kassen bezahlen bei den säumigen Prämienzahlern nur noch die Notfallbehandlungen, das heisst, behandelt wird nur, wer mit dem Tod bedroht ist oder ohne Behandlung schwere



Für Ärzte ist der Umgang mit der schwarzen Liste schwierig. (Foto: SSI)

gesundheitliche Schädigungen davon tragen könnte. Von der schwarzen

Liste gestrichen wird ein Versicherter erst wieder, wenn alle ausstehenden Prämien und Kostenbeiträge bezahlt sind. In der Schweiz sind diese Listen umstritten. Zwar weisen Daten in den verschiedenen Kantonen darauf hin, dass sich die Zahlungsmoral verbessert hat, aber nicht im erhofften Ausmass. Abgesehen davon beklagen Ärzte ein moralisches Dilemma. Schliesslich ist es nicht einfach, einen kranken Patienten einfach abzuweisen.

**Bedenken zum Datenschutz**

Auch in Liechtenstein können Krankenkassen seit Anfang Jahr über säumige Prämienzahler rascher eine Leistungssperre verhängen. Allerdings ist noch unklar, wie die Ärzte und Spitäler überhaupt an die Information kommen, bei welchen Patienten die Krankenkassen nicht mehr bezahlen. Für Gesundheitsminister Mauro Pedrazzini ist klar, dass eine Lösung gefunden werden muss, da-

mit die Leistungserbringer nicht auf den Rechnungen sitzenbleiben. Denn wenn ein Arzt einen säumigen Prämienzahler behandelt, trägt er das Risiko und muss allenfalls selber ein Betreibungsverfahren einleiten. Eine schwarze Liste ist für Gesundheitsminister Mauro Pedrazzini jedoch nicht der richtige Ansatz - zu gross sind seine datenschutztechnischen Bedenken, wie er auf Anfrage mitteilte. Er könnte sich jedoch vorstellen, dass die Krankenkassen auf individuelle Nachfrage hin die Leistungserbringer über den Status des Patienten informieren. LKV-Geschäftsführer Thomas Hasler führt die Möglichkeit an, über die Versicherungskarte der Patienten entsprechende Informationen ersichtlich zu machen. In nächster Zeit sollen Gespräche zwischen Ärztekammer, Krankenkassen und dem Ministerium stattfinden, um dieses Problem zu besprechen.

«Volksmund»

Zu schön, zu urchig, um in Vergessenheit zu geraten

**SCHAAN** Das «Volksblatt» stellt in loser Folge Dialektbegriffe vor, die der jüngeren Generation mitunter bereits nicht mehr geläufig sein dürften. Vorschläge sind willkommen - und erreichen uns unter der folgenden E-Mail-Adresse: [redaktion@volksblatt.li](mailto:redaktion@volksblatt.li). (red)



Tschoder

TRAUBE

MIAR ISCH HUNDSSCHLÄCHT, I HA GRAD AN GANZA TSCHODER TRUUBA GÄSSA.